

Ass.Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Christine Stelzer-Orthofer

Einkommen und Sozialtransfers. GewinnerInnen und VerliererInnen

*Ass.Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Christine Stelzer-Orthofer ist Assistenzprofessorin am Institut für
Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Universität Linz*

Ziel wohlfahrtsstaatlichen Handelns ist es, absolute und relative Benachteiligung auszugleichen, Risikolagen abzufedern, Armut zu vermeiden und soziale Integration zu fördern. Um diesen Zielsetzungen gerecht zu werden, muss staatliches Handeln darauf abzielen, das System und den Zugang zu sozialer Sicherheit zu gewährleisten sowie zur Umverteilung von Einkommen beizutragen. Eine nicht unbeträchtliche Einflussgröße sind hier neben dem Steuersystem diverse Sozialtransfers.

Spätestens im letzten Jahrzehnt ist auch in Österreich sozialstaatliches Handeln immer kritischer beleuchtet worden. Neoliberale Sozialstaatskritiker/-innen bemängel(te)n ein Zuviel an sozialstaatlichen Aktivitäten in einem überregulierten, „Markt“ zerstörenden System. Durch zu großzügige Transfers wirke der Sozialstaat kontraproduktiv, da er Eigeninitiative behindere und zudem ineffizient sei. Universellen Sozialleistungen wird a priori ein Gießkannenprinzip unterstellt, die Erhöhung der „sozialen Treffsicherheit“ steht am Programm. Wie steht es nun wirklich mit den Wirkungen sozialstaatlicher Transfers in Österreich?

In makroökonomischer Hinsicht ist die Summe der jeweiligen nationalen Sozialausgaben ein brauchbarer Indikator für das Niveau wohlfahrtsstaatlichen Handelns. Armutsgefährdungsraten spiegeln jenen Anteil an Personen, deren Einkommen (Primäreinkommen und Sozialtransfers) deutlich unter den durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen liegen. Werden diese beiden Indikatoren in Zusammenhang gebracht, so zeigt sich, dass wohlfahrtsstaatliches Engagement und Armutsgefährdung negativ korrelieren. Je höher die Sozialquote, desto niedriger die nationale Armutsrate. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass Armutsgefährdung durch sozialstaatliche Umverteilung reduziert werden kann. Wirkungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen können, so Pretenthaler und Sturn (2003: 405), aber auch dadurch empirisch belegt werden, dass ein „langfristig hohes Niveau (der Sozialausgaben) entscheidend zur ökonomischen Gleichheit beiträgt.“

Was Umverteilung auf Haushaltsebene bewirkt, wird daraus ersichtlich, dass durchschnittlich 36 % des Einkommens eines österreichischen Haushalts aus sozialen Direktleistungen der öffentlichen Hand stammen. Mehr als die Hälfte dieser Leistungen sind Pensionen. In armutsgefährdeten Haushalten machen diese Leistungen 60 % des Gesamteinkommens aus. Ohne Sozialleistungen und Pensionen wären statt 13 % der Bevölkerung 42 % armutsgefährdet. Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung kann mit Sozialtransfers rechnen, der größte Anteil fällt dabei auf das untere Einkommensdrittel. Zahlen, die diejenigen beherzigen sollen, die vorschnell den österreichischen Sozialstaat für obsolet erklären wollen.

Literatur:

Armutskonferenz/Attac/Beigewum: Was Reichtümer vermögen. Warum reiche Gesellschaften bei Pensionen, Gesundheit und Sozialem sparen. Wien 2004

ÖGPP (Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung): Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich. Wien 2004

Pretenthaler/Sturn: Führt der Wohlfahrtsstaat zu mehr Gleichheit? Wirtschaft und Gesellschaft 29.Jahrgang (2003), HEFT 3 S 389-414